

Hackerangriff auf Polizeihandys: Minister Pegel gesteht Panne ein!

Hackerangriff auf Polizeihandys in Mecklenburg-Vorpommern: Minister Pegel räumt Panne ein, Konsequenzen werden gezogen.



Innenministerium in Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland - Ein schwerer Schlag für die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern: Ein Hackerangriff auf die Diensthandys könnte laut den Ermittlern des Landeskriminalamtes (LKA) von einem chinesischen Geheimdienst ausgegangen sein. Diese brisante Situation ist nicht zu unterschätzen, da die betroffenen Smartphones der Polizei, etwa 4.000 an der Zahl, auch GPS-Daten enthalten, die die Standorte der Polizeibeamten verfolgen könnten. Innenminister Christian Pegel (SPD) hat den Vorfall als Digital-Gau bezeichnet und räumt eine schwere Panne ein. So informierte die Telekom bereits am 17. Mai über Serveranomalien, die jedoch nicht rechtzeitig an die

Verantwortlichen gelangten, weil das Postfach eines ehemaligen Mitarbeiters deaktiviert war.

Ein telefonischer Hinweis am 22. Mai führte schließlich dazu, dass der betroffene Server vom Netz genommen wurde. Zuvor war am 8. Mai eine Warnung des US-Software-Unternehmens Ivanti, dessen Produkt die Polizei nutzt, ignoriert worden. Diese Warnung blieb ebenso wie die erste Eindämmung des Sicherheitsrisikos am 13. Mai ungehört, als das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Warnstufe von Gelb auf Orange erhob. Der erste Angriff wurde am 15. Mai registriert, und seitdem ist die Ungewissheit über mögliche Datenabflüsse groß. Pegel betont jedoch, dass es bislang keine Hinweise auf einen Verlust persönlicher Daten gibt, was die Situation zumindest etwas entspannt, auch wenn eine Garantie nicht gegeben ist.

Die ersten Schritte der Aufklärung

Nach dem Vorfall hat das Innenministerium in Schwerin umgehend Maßnahmen eingeleitet. Alle Server, die die Smartphones verwalten, werden ersetzt, um sicherzustellen, dass eventuell festgesetzte Schadsoftware nicht weiter um sich greift. Rund 3.500 betroffene Smartphones stehen nun auf dem Prüfstand, um zu klären, ob sie wieder einsatzfähig gemacht werden können, wenn auch nur für Telefonate. Kurzfristig sollen etwa 120 Mobiltelefone aus den Beständen des Katastrophenschutzes zum Einsatz kommen.

Die Opposition im Landtag hat derweil kein Verständnis für die mangelhafte Informationspolitik der Regierung. CDU-Abgeordnete Ann-Christin von Allwörden äußert Misstrauen gegenüber den Mitteilungen des Ministeriums und verweist auf die regelmäßigen Cyberangriffe auf öffentliche Infrastrukturen. Sowohl CDU als auch AfD haben getrennte Dringlichkeitsanträge eingereicht, während die Regierungsfaktionen SPD und Linke eine Diskussion im Rahmen der Regierungsfragestunde anstreben. Eine Sondersitzung des Innenausschusses wurde

ebenfalls beantragt, um dem Vorfall nachzugehen.

Prævention und zukþnftige Maánahmen

Um einen æhnlichen Vorfall in Zukunft zu vermeiden, plant Minister Pegel, dass Hinweise kþnftig an ein Funktionspostfach gesendet werden, auf das mehrere Mitarbeiter Zugriff haben. Diese Maánahme soll die Kommunikationswege in Krisensituationen verbessern. Auch ist der monetære Schaden, der durch die Umrþstung der Polizei mit neuen Handys entstehen kþnnte, nicht unerheblich und kþnnte in die Millionen gehen. Diese Sorgen sind nicht unbegrþndet: Cyber-Angriffe auf øffentliche Verwaltungen nehmen in Deutschland zu. Laut dem **Bundeskriminalamt** sind die finanziellen Schæden durch solche Angriffe oft erheblich, und die Wiederherstellung der technischen Infrastrukturen kann Monate in Anspruch nehmen.

Um solche Risiken zu minimieren, empfiehlt das BKA unter anderem eine regelmæáige Aktualisierung von IT-Sicherheitskonzepten und Schulungen der Mitarbeiter in Bezug auf Cybersicherheit. Im Lichte der aktuellen Ereignisse wird es in der Landesregierung dringenden Handlungsbedarf geben, um die Sicherheitslþcken in der IT zu schlieáen und das Vertrauen in die digitale Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Die Debatte um die Sicherheitslage bei der Polizei wird sicherlich noch lange ein heiáes Thema bleiben, und das Land muss dringend Wege finden, um seine Beamten und die Øffentlichkeit vor solchen Bedrohungen zu schþtzen. Es bleibt abzuwarten, wie die Regierung auf die berechtigte Kritik der Opposition reagieren wird und welche konkreten Schritte sie unternimmt, um die digitale Sicherheit zu stærken.

Details	
Ort	Innenministerium in Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland

Details	
Quellen	• www.ostsee-zeitung.de • www.tagesschau.de • www.bka.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net